



Antrag

der Fraktion der FDP

Vorbild sein: Der öffentliche Dienst darf kein Arbeitgeber zweiter Klasse sein

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag lehnt den von Schleswig-Holstein initiierten und mittlerweile beschlossenen Bundesratsantrag (Drucksache 745/13) zur „Herausnahme der öffentlich-rechtlichen Gebietskörperschaften aus dem Anwendungsbereich des Gesetzes zur Regelung der Arbeitnehmerüberlassung“ ab.

Die Landesregierung wird aufgefordert, auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass gesetzliche Regelungen, die entsprechende Missstände verhindern sollen, auch im öffentlichen Dienst Anwendung finden müssen.

Christopher Vogt
und Fraktion